

## FL-Delegation

### Arbeitsgespräche in Berlin

**BERLIN** Eine liechtensteinische Delegation führte in Berlin mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages und Vertretern von Behörden sowie der Privatwirtschaft Gespräche über aktuelle Entwicklungen im Finanzsektor. Die Delegation setzte sich zusammen aus der Botschafterin Isabel Frommelt-Gottschald, Christian Batliner, Präsident des Aufsichtsrates der FMA, und Mario Gassner, Vorsitzender der Geschäftsleitung der FMA. Es fanden am Montag und Dienstag Gespräche mit Bundestagsabgeordneten, hochrangigen Vertretern des Bundesfinanzministeriums, des Auswärtigen Amtes, des Bundeskanzleramtes sowie der Privatwirtschaft statt. Die Gespräche hätten dazu gedient, Wissen über den Finanzplatz Liechtenstein zu vermitteln und das Vertrauen in diesen zu stärken. Deutschland ist für Liechtensteins Banken, Versicherungen, Vermögensverwalter, den Fondsplatz und den Treuhandsektor ein wichtiger Markt. Durch die Mitgliedschaft im EWR verfügen die liechtensteinischen Finanzmarktakteure über den direkten Marktzugang zu dem rund 83 Millionen Einwohner zählenden Land. (pd/red)

## Schweizer Aktienmarkt

### Börse schliesst merklich schwächer

**ZÜRICH** Der Schweizer Aktienmarkt hat seinen seit Tagen andauernden Sinkflug fortgesetzt. Der zu Beginn der Sitzung gestartete Erholungsversuch brach rasch in sich zusammen und der SMI rutschte bald ins Minus. Bis zum Schluss ging es dann praktisch nur noch abwärts. Der Swiss Market Index (SMI) büsste 1,32 Prozent auf 10 476,56 Punkten ein und schloss auf Tagestief. Zum Jahrestief bei 10 350 Punkten vom Juni fehlen nur noch rund 130 Punkte. Der SLI, in dem die 30 wichtigsten Aktien enthalten sind, fiel um 1,37 Prozent auf 1591,95 Punkte und der breite SPI um 1,28 Prozent auf 13 411,41 Punkte. (apa/dpa-afx)

# Gewerkschaften erwarten einen «heissen Herbst»

**Arbeitnehmer** Einmal im Jahr geht der Interregionale Gewerkschaftsrat Bodensee (IGR) auf eine Tour durch die vier Mitgliedsländer und berichtet den Medienvertretern über neuste Entwicklungen und aktuelle Forderungen. Am Montag waren die vier Vorsitzenden zu Gast im «Rössle» in Schaan und sprachen zum Thema «Kampf gegen Preisexplosion!».

VON HERIBERT BECK

«Die Themen für unsere Pressekonferenzen gehen uns nie aus», sagte Sigi Langenbahn, Präsident des Liechtensteiner ArbeitnehmerInnenverbands (LANV), an der Pressekonferenz des IGR zu aktuellen Gewerkschaftsthemen in Schaan. «Er weiss, wovon er spricht. Schliesslich war er schon vor 20 Jahren bei der Gründung des IGR dabei», sagte die aktuelle Ratspräsidentin Bärbel Mauch von der Region Südwürttemberg des Deutschen Gewerkschaftsbunds. «Wir vertreten jeden Herbst eine gemeinsame Forderung und lernen während des Jahres viel voneinander.» Dass das diesjährige Thema die Inflation war, ist zwar nicht überraschend, aber dennoch voller Brisanz für die betroffenen Arbeitnehmenden.

#### Inflation trifft Ärmere härter

«Im August hatten wir in Liechtenstein und in der Schweiz eine Teuerung von 3,5 Prozent zu verzeichnen. Das gab es zum letzten Mal in den 90er-Jahren», sagte Sigi Langenbahn. Das führt dazu, dass die Gewerkschaften die Arbeitgeber mit einer Forderung konfrontieren, die es lange nicht gegeben hatte. «Dieses Jahr müssen wir den Teuerungsausgleich wieder thematisieren. Denn gerade die tieferen Einkommensklassen sind von der Inflation stark betroffen. Da



Von links: Reinhard Stemmer (ÖGB Vorarlberg), Sigi Langenbahn (LANV), Lukas Auer (Thurgauer Gewerkschaftsbund), Bärbel Mauch (DGB-Präsidentin des IGR Bodensee). (Foto: Paul J. Trummer)

Energie und gewisse Grundnahrungsmittel bis zu 30 Prozent teurer geworden sind, trifft die Inflation die einfachen Arbeitnehmer mit rund 5 Prozent.» Für das kommende Jahr rechnen Experten zwar damit, dass die Teuerung wieder auf 1 Prozent sinkt, dies aber unter der Voraussetzung, dass die Leitzinsen nochmals deutlich steigen. «Das führt zu steigenden Hypothekarzinsen, was in einem Land mit einer so hohen Eigentumsquote wie Liechtenstein einige Haushalte wiederum an ihre Grenzen bringen dürfte.»

Forderungen in Sachen Sozialleistungen wird der LANV derzeit keine stellen. Schliesslich kennt Liechtenstein eine ganze Reihe davon, angefangen bei der Mietbeihilfe bis zur Prämienverbilligung für die Krankenkassen. Das Problem sei eher, dass viele Berechtigten sie aus Schamgefühl nicht in Anspruch nähmen. Auch habe der LANV die Gefahr im Blick, dass manche Unternehmen die Sozialleistungen als Argument missbrauchten, einen geringen Lohn zu zahlen und neuen Mitarbeitenden bereits vor-

rechneten, was sie stattdessen alles an staatlichen Zuschüssen zugute hätten. «Dieses Jahr konzentrieren wir uns auf den Lohn. Wenn die Verhandlungen nicht im Sinne der Arbeitnehmenden laufen, werden wir die Sozialleistungen nächstes Jahr aber wieder in den Fokus stellen müssen», sagte Sigi Langenbahn.

#### 3,5 bis 5 Prozent mehr Lohn gefordert

Die ersten Lohnverhandlungen in Liechtenstein werden in zwei Wochen beginnen. «Wir fordern 3,5 bis 5 Prozent. Bei der Industrie sind wir diesbezüglich auch sehr optimistisch. Beim Gewerbe werden wir es sehen. Anspruchsvoll wird es in den jenen Branchen, die aufgrund der aktuellen Lage heterogener sind. Während einige Firmen unter den Preissteigerungen litten, konnten andere grosse Extragewinne einfahren», sagte Sigi Langenbahn. Einig waren sich alle vier Gewerkschaftsvertreter, so unterschiedlich die Voraussetzungen in Liechtenstein und der Schweiz verglichen

mit Deutschland und Österreich sind, dass der Fachkräftemangel der Arbeitnehmerschaft in die Karten spielt. Nicht in die Karten spielt den Arbeitnehmenden aus zwei Branchen, dem Transport und der Gastronomie, dass nach wie vor kein Gesamtarbeitsvertrag mit dem LANV besteht. «Schon zweimal wurde der Gastronomie-GAV von wenigen Unternehmen kurz vor Vertragsabschluss zunichte gemacht», sagte Sigi Langenbahn. Einig waren sich die Gewerkschaftsvertreter auch, dass ihre Lohnforderungen, die sich je nach Staat und Branche auf über 10 Prozent erstrecken, keine Inflationstreiber sind, nicht für die berüchtigte Lohn-Preis-Spirale verantwortlich sein können. «Im Übrigen leiden die Arbeitnehmenden bereits das ganze Jahr unter den steigenden Preisen, während die Ergebnisse der Lohnrunde im Gewerbe erst kommenden April in Kraft treten», sagte Sigi Langenbahn und stellte sich mit seinen IGR-Vorstandskollegen auf einen «heissen Verhandlungsherbst» ein.

# Schweizer wurden 2021 erneut reicher

**Konjunktur** Der Reichtum der Schweizer hat im zweiten Pandemiejahr 2021 weiter zugenommen. Dank der Hausse an den Aktienmärkten und den gestiegenen Immobilienpreisen haben die privaten Vermögen weiter zugenommen. Die Schweiz behält damit ihren weltweiten Spitzenplatz.

Konkret betrug das durchschnittliche Vermögen eines Erwachsenen hierzulande knapp 697 000 US-Dollar, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme um gut 3 Prozent entspricht, wie aus dem am Dienstag erschienen Global Wealth Report der Credit Suisse hervorgeht. Das Gesamtvermögen setzt sich aus den Finanzvermögen (Aktien, Obligationen, Lebensversicherungen u. a.) sowie Sachwerten (Immobilien, Konsumgüter etc.) zusammen, abzüglich der Verbindlichkeiten.

Auf den nächsten Plätzen folgen die USA, Hongkong und Australien, wo das durchschnittliche Pro-Kopf-Vermögen aber bereits rund 120 000 bis 150 000 Dollar tiefer liegt. Den grossen Vorsprung verdankt die Schweiz insbesondere dem Aufbau der Vermögen über die Pensionskassen, wie Nannette Hechler-Fayd'herbe, Leiterin des globalen Economics & Research sowie CIO der Region EMEA der Credit Suisse, an einer Medienkonferenz erklärte. Ausserdem ist das Durchschnittsvermögen von der kleinen Gruppe der allerreichsten Leute verzerrt. Ausserdem ist deshalb laut den Ver-



(Symbolfoto: Nitpicker/Shutterstock)

antwortlichen der Credit Suisse und dem Studienautor Anthony Shorrocks viel eher das Median-Vermögen; das heisst, die Vermögen der Hälfte der Menschen liegen über diesem Wert und der andere Hälfte darunter.

#### Medianvermögen nimmt ebenfalls zu

Hier sieht das Bild ein wenig anders aus. Zwar ist auch das mittlere Vermögen in der Schweiz wie in den meisten untersuchten Staaten gestiegen, mit einem Wert von gut 168 000 US-Dollar liegt die Schweiz hier aber lediglich auf Platz sechs der globalen Rangliste. An der Spitze sind Australien, Belgien und Neuseeland zu finden mit Durchschnitts-

vermögen zwischen 274 000 und 231 000 US-Dollar.

Deutlich zunehmen dürfte in der Schweiz in den kommenden Jahren die Zahl der Millionäre und Milliardäre, nämlich von 1,15 Millionen auf beinahe 1,6 Millionen im Jahr 2026, so lautet zumindest die Projektion der Credit Suisse. Die Schweiz liegt mit dieser absoluten Zahl global gesehen knapp ausserhalb der Top Ten. Mit Abstand am meisten Millionäre gibt es in den USA, dahinter folgen China und Japan auf den Plätzen. Global gesehen kletterten die akkumulierten Vermögen insgesamt um knapp 10 Prozent auf über 463 Billionen US-Dollar, währungsbereinigt entsprach dies gar einem Plus von

beinahe 13 Prozent. Dies ist das stärkste je erreichte Wachstum. Auf jeden Erwachsenen entfiel damit durchschnittlich ein Vermögen von 87 500 Dollar.

Der Anteil der Ärmsten mit einem Vermögen von unter 10 000 US-Dollar ist weltweit auf 53 Prozent weiter zurückgegangen. Der Anteil der mittleren Klasse, welche mit einem Vermögen zwischen 10 000 und 100 000 US-Dollar definiert ist, lag per Ende 2021 bei rund einem Drittel und dürfte gemäss den Prognosen in den kommenden fünf Jahren weiter steigen. Mit Blick nach vorne warnen die Studienautoren davor, dass 2022 Faktoren wie die Inflation, steigende Zinsen oder eine rückläufige Entwick-

lung an den Finanzmärkten das hohe Wachstum des letzten Jahres wieder zunichte machen könnte.

#### Vermögen in der Schweiz etwas weniger ungleich verteilt

Der Gini-Index, welcher die Ungleichverteilung der Vermögen innerhalb der Bevölkerung in einer statistischen Zahl zusammenfasst, lag hierzulande bei 77,2. Dabei stünde 0 für eine vollkommene Gleichverteilung der Vermögen und 100 für die vollkommene Ungleichheit, also wenn eine Person alles besitzen würde.

Die Ungleichheit in der Schweiz ist damit gegenüber dem Stand vor zehn Jahren (81,0) etwas geringer geworden. Etwas gerechter ist zum Vergleich die Verteilung der Vermögen in Österreich, etwas ungerechter dagegen in Deutschland. Im internationalen Vergleich schnitten mit Werten von unter 70 etwa die südeuropäischen Länder besser ab, mit Ginis von knapp unter 90 war die Vermögensverteilung dagegen im arabischen Raum oder auch in einigen afrikanischen Ländern deutlich ungleicher. (awp/sda)